

# RS Vwgh 1999/6/1 AW 99/10/0025

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 01.06.1999

## Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof

82/04 Apotheken Arzneimittel

## Norm

AMG 1983 §23 Abs1 Z1;

VwGG §30 Abs2;

## Beachte

Serie (erledigt im gleichen Sinn): AW 99/10/0026 B 1. Juni 1999

## Rechtssatz

Nichtstattgebung - Aufhebung der Zulassung von Arzneyspezialitäten - Interessen des Gesundheitsschutzes sind als zwingende öffentliche Interessen anzusehen (Hinweis B 15.12.1997, AW 97/10/0055). Hat der Gerichtshof für die Zwecke des Provisorialverfahrens auf Grund der nicht von vornherein als unschlüssig zu erkennenden Erwägungen der belangten Behörde das Vorliegen eines Versagungsgrundes gemäß § 22 Abs 1 AMG anzunehmen (hier: Schädliche Wirkung und Unzweckmäßigkeit der Anwendungsart der Arzneyspezialität), ist somit von zwingenden öffentlichen Interessen iSd § 30 Abs 2 VwGG auszugehen, die der Bewilligung der aufschiebenden Wirkung entgegenstehen. In eine Abwägung mit den vom AST behaupteten wirtschaftlichen Interessen ist daher nicht einzutreten.

## Schlagworte

Interessenabwägung Zwingende öffentliche Interessen

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1999:AW1999100025.A01

## Im RIS seit

27.11.2000

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>